

Freie Wähler: Die Hoffnung stirbt zuletzt

Versammlung Kritik an der Neu-Ulmer Stadtpolitik: Beschlossene Projekte werden nicht schnell genug umgesetzt.

Neu-Ulm. Die Freien Wähler in Neu-Ulm brauchen die großen Hallen nicht. Für ihre Jahreshauptversammlung tut's auch das heimelige Nebenzimmer im Gasthaus „Schlössle“. Ein durchaus sinnbildliches Ambiente für die innerbetriebliche Atmosphäre, die zu stimmen scheint. Kein Hauen und Stechen, die Ellenbogen bleiben dort, wo sie hingehören. Stattdessen sachdienliche Gespräche im Rahmen eines gemütlichen Beisammenseins mit kommunalpolitischem Anspruch.

Leichter Unmut bricht sich allenfalls bei den Berichten über städtische Projekte, Vorgehensweisen und Entwicklungen Bahn – jedoch immer flankiert vom Prinzip Hoffnung. „Die Stadtplanung hat sich nicht mit Ruhm bekleckert“, kritisierte Andreas Schuler den „städtebaulichen Fehler“, der Glacis-Galerie keine Schaufensterfront und direkte Eingänge in die Geschäfte von der Bahnhof her eingeräumt zu haben. Er setzt nun auf den neuen Centermanager, der das Zeug dazu habe, die Galerie „auf Vordermann zu bringen“.



Andreas Schuler: Fehlende Mehrheiten sieht er sportlich.

Foto: V. Könneke

Was der FWG hauptsächlich sauer aufstößt, ist das kommunale Zeitmanagement der Stadtverwaltung bei der Umsetzung diverser Projekte. Vom Radverkehrskonzept bis zum Umbau des Allgäuer Rings: „Es dauert ewig, bis da was ins Laufen kommt“, bemängelt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Es stockt irgendwie, so geht's mit vielen Dingen. Das liegt wohl daran, dass man zuviel auf einmal machen will und es hinten und vorne nicht schafft.“ Oder manches halbherzig angehe: „Wenn man etwas will, macht man das, aber offensichtlich ist der Wille nicht immer da.“

Anträge werden abgekupfert

Der Wille zur politischen Mitgestaltung ist bei den Freien Wählern zweifelsohne vorhanden, auch wenn es zumeist an den notwendigen Mehrheiten im Stadtrat fehlt. Die Chancen dazu scheinen indes im real existierenden Parlamentarismus angesichts der Mehrheitsverhältnisse eingeschränkt zu sein, wie zu hören war. So sei es „immer wieder ein Thema“, dass FWG-Anträge im Stadtrat erst mehrheitlich abgelehnt und dann von anderen Fraktionen leicht umformuliert später wieder gestellt würden – und prompt durchgingen. „Wir sehen das sportlich“, machte Andreas Schuler deutlich, dass es nicht um das eigene Profil, sondern um die Sache gehe. Bernd Rindler

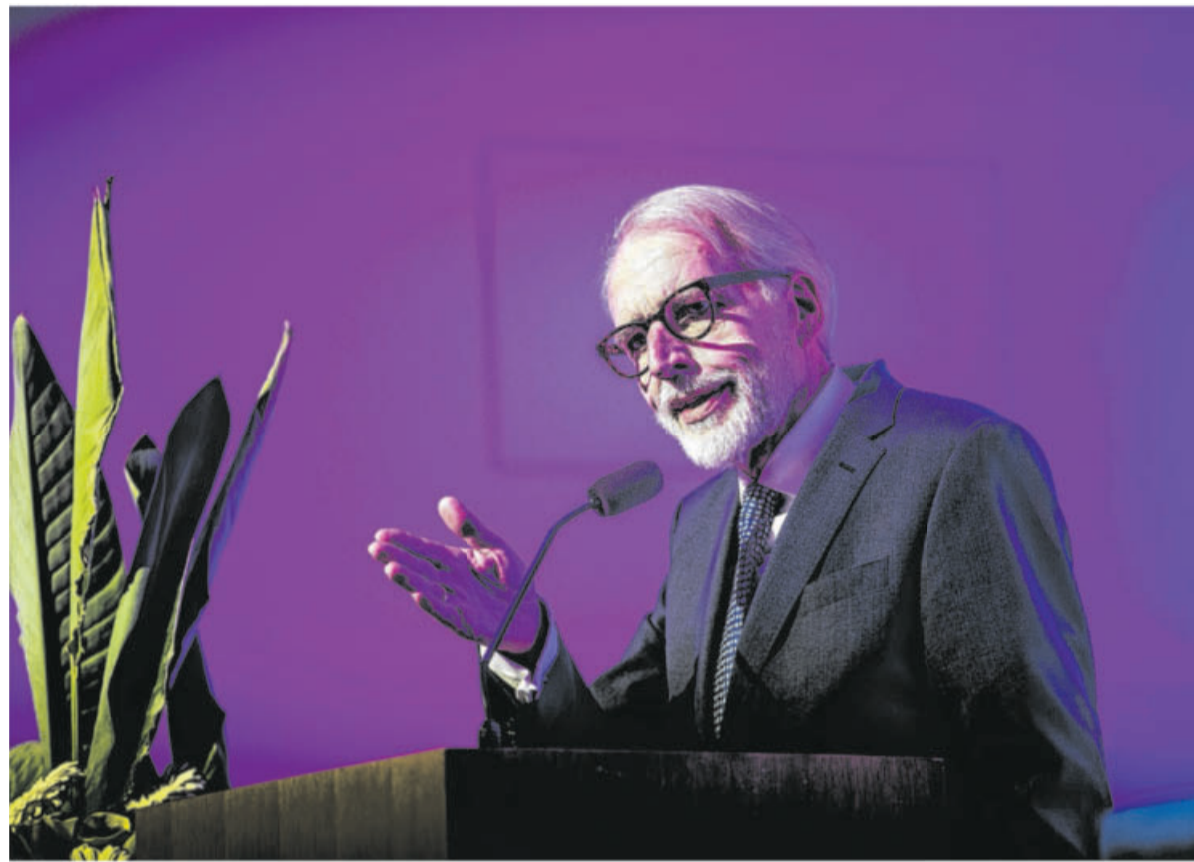
„Mut zum Risiko gehört dazu“

Philosophie Der ehemalige Londoner Museumsleiter Martin Roth eröffnet die „Ulmer Denkanstöße“ mit einem Bekenntnis zum gemeinsamen Europa. Von Christoph Mayer

Ballett muss nicht politisch sein, aber vom Choreographen kann, nein muss man eine entschiedene politische Haltung erwarten“, sagt Martin Roth. Der 62-jährige gebürtige Schwabe ist weder Tänzer noch Ballettleiter, sondern war bis 2016 Direktor des renommierten Viktoria and Albert Museum in London. Nach dem Brexit-Votum der Briten schmiss er seinen Job hin, ohne Netz und doppelten Boden, Zukunft ungewiss. Warum, darüber sprach Roth gestern Abend im Stadthaus als Auftakt-Redner der „Ulmer Denkanstöße“. Die dreitägige öffentliche Philosophie- und Diskurs-Reihe von Stadt, Universität und Sparda-Bank steht in diesem Jahr – dem zehnten ihres Bestehens – unter dem Titel „Entscheiden in einer komplexen Welt“.

Roths Entscheidung, sozusagen der „Roxit“, war keine aus dem Bauch heraus. „Voller Stolz“, so erzählte der Kulturmanager, sei er 2011 nach London gegangen. „Ich hätte zuvor nie damit gerechnet, dass meine englischen Kollegen einen Deutschen als Leiter eines nationalen Museums akzeptieren würden.“ Doch sie taten es, und es folgten „grandiose Jahre“.

Die vielleicht etwas naive Gewissheit vieler, das Vereinigte Königreich werde schon in der EU bleiben, teilte Roth allerdings nicht. Schon ein halbes Jahr vor dem Votum hat er – vielsagenderweise, als er eine Ausstellung zur europäischen Geschichte eröffnete – angekündigt: „Wenn der Brexit kommt, gehe ich.“ Denn die gemeinsamen europäischen Werte – Freiheit, Toleranz, Solidarität – sind ihm, dem in den 60er-Jahren sozialisierten, heilig. Dass diese Werte in Gefahr sind, hat Roth etwa bemerkt, als er eines morgens die Financial Times aufschlug, und auf eine Karikatur blickte, die zwei Galgen zeigte: einen für Angela Merkel und einen



Martin Roth: „Die wachsende Lethargie in Europa ist die größte Gefahr.“

Foto: Matthias Kessler

für Sigmar Gabriel. „Das war schon so ein Punkt, an dem ich nicht mehr weitermachen wollte.“ Nicht die Karikatur als solche habe ihn schockiert, sondern „dass dagegen nicht eingegriffen oder protestiert wurde“.

Stolz ist er auf seine Entscheidung nicht. Es sei schließlich gar nicht so einfach „meine berufliche Würde ohne Visitenkarte zu behalten“. Dennoch ist er überzeugt: „Es braucht Haltung, um Europa lebendig zu halten. Mut

zum Risiko gehört dazu.“ Enttäuscht ist Roth darüber, dass es ihm so wenige nachgetan haben. „Die wachsende Lethargie ist die größte Gefahr.“ Haben nicht auch in den frühen 30er Jahren viele in Deutschland einfach zugeschaut und gesagt: Ach, es wird schon nicht so schlimm kommen? „Vier Jahre später war es dann zu spät.“

Dass Roth gebeten wurde, bei den Ulmer Denkanstößen gleich 60 Minuten zu reden, hat ihn übrigens verwundert. Seinem Vortrag merkte man das an. Der ließ Struktur vermissen, kam eher einem lockeren Geplauder ohne roten Faden nahe. Womöglich ja eine Folge seiner England-Erfahrung. „Wenn ich in London 7 statt 5 Minuten geredet habe, wurde es damit entschuldigt, dass ich Deutscher bin.“

Entscheiden in Theorie und Praxis

Programm Die „Ulmer Denkanstöße“ gehen heute und morgen weiter. Alle Veranstaltungen sind im Stadthaus, der Eintritt ist frei.

Freitag 14 Uhr: „Entscheiden in der Theorie“ mit Prof. Andreas Glöckner (Psychologe), Anja

Mack (Anwältin), Sven Hillenkamp (Philosoph). 17 Uhr: Autorengespräch mit dem Schriftsteller Ernst-Wilhelm Händler. 20 Uhr: Theaterstück „Terror“ von Ferdinand von Schirach.

Samstag 14 Uhr „Entscheiden in der Praxis“

mit Rüdiger von Au (Landgerichtspräsident), Prof. Doris Henne-Bruns (Chirurgin), Herbert Fandel (Schiedsrichter). 17 Uhr Abschlussvortrag mit (Fernseh-)Richter Alexander Hold. 20 Uhr Talkrunde mit Wieland Backes.

Kriminalität ist jung und männlich

Staatsanwaltschaft Nur knapp 9 Prozent aller Ermittlungsverfahren landen vor Gericht.

Ulm. Nach den Polizeidienststellen in Kempten und Neu-Ulm hat jetzt auch die Ulmer Staatsanwaltschaft ihren Jahresbericht vorgelegt und die Region insgesamt als eine sehr sichere eingestuft. Die neu eingehenden Verfahren sind rückläufig, wie sich die einzelnen Deliktsfelder entwickelt haben, wird heute das Polizeipräsidium Ulm verkünden.

Aus Sicht des Leitenden Oberstaatsanwalts Christof Lehr lässt sich aber eindeutig sagen, dass junge Menschen deutlich mehr Straftaten begehen als ältere. „Kriminalität ist jung und männlich“, bringt Lehr die Erkenntnisse auf den Punkt.

Die Altersgruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden bis 21 Jahren liegt mit 18 Prozent an den ermittelten Tatverdächtigen deutlich höher als ihr Anteil an

der Gesamtbevölkerung. Im Alter zwischen 21 und 24 Jahren kommen weitere 12 Prozent dazu.

Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft Ulm, die für den Stadtkreis Ulm, den Alb-Donau-Kreis und den Landkreis Göppingen mit etwa einer halben Million Menschen zuständig ist, im vergangenen Jahr 21 953 Verfahren bearbeitet, zu denen die Polizei Tatverdächtige ermittelt hat.

Mehr Geld- als Haftstrafen

Betrachtet man die Entwicklung dieser Fälle, so werden nur 8,9 Prozent aller Verfahren bei den Gerichten angeklagt. Bei 28 Prozent ist kein Tatnachweis zu führen, in knapp 18 Prozent der Fälle werden Strafbefehle erlassen, und fast 14 Prozent der Verfahren werden mit oder ohne Auflagen eingestellt.

Von den 8,9 Prozent der ans Gericht gehenden Anklagen werden 83 Prozent mit Geldstrafen geahndet. Nur 2,6 Prozent aller Angeklagten werden letztlich zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt, 8,8 Prozent mit Bewährung. Um dies besser einordnen zu können, führte Lehr bundesweite Zahlen an, wonach von den 2,1 Millionen von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen insgesamt nur 36 000 Menschen zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Über die Zahlen hinaus berichtete der Behördenleiter von dem Phänomen Fernbusse, die immer häufiger auch als Transportmittel für Diebesgut ins Ausland oder für Drogen nach und innerhalb Deutschlands missbraucht werden. Nach Auskunft von Behördensprecher Michael Bischofberger nehmen diese Fälle ebenso zu,

wie Geldwäsche. Vor allem die Erlöse aus Internetbetrügereien werden „gewaschen“, um sie in den legalen Kreislauf zu bringen.

Bischofberger und sein Kollege Stefan Adamski informierten auch über Gesetzesänderungen, von denen sie sich mehr Rechtssicherheit erhoffen. So wurden beispielsweise die Straftatbestände des sexuellen Übergriffs („Nein heißt nein“) und der „sexuellen Belästigung“ (beispielsweise Po-Grabscher) eingefügt, sowie der Straftatbestand aus Gruppen heraus mit ins Gesetz aufgenommen.

Asylbewerber sind nach Aussage von Christof Lehr mittlerweile in der Bagatelldelinquenz (Ladendiebstahl, Schwarzfahren) angekommen: „Schwere Straftaten in der Öffentlichkeit beobachten wir nicht.“ Hans-Uli Mayer

Ministerin setzt sich für Azubi ein

Integration Beate Merk sieht gute Chancen für den erfolgreichen afghanischen Sanitärzubi Hissami bei Stahl in Pfuhl.

Neu-Ulm. Das Schicksal des afghanischen Flüchtlings Armin Hissami, der in Pfuhl eine Lehre zum Heizungs- und Sanitärinstallateur absolviert (wir berichteten), hat sich grundlegend zum Besseren gewendet. Hissami, der nach der Flucht ohne Papiere war, hat zuletzt einen afghanischen Pass erhalten. Daher könnte die vorläufige Duldung, für die sich auch Ministerin Beate Merk eingesetzt hatte, bis Ende seiner Lehre 2019 verlängert werden. Das erfuh die Ministerin und CSU-Landtagsabgeordnete gestern bei einem Besuch des Ausbildungsbetriebs: der Installateur- und Spenglerfirma Stahl im Brumersweg.

Dabei betonte Firmenchef Jürgen Stahl erneut, dass Hissami nicht nur sehr gut Deutsch spreche, sondern derzeit im zweiten Lehrjahr erstklassige Leistungen bringe – obwohl er nun auch täglich von einer Unterkunft in Kellmünz pendeln muss. Dafür müsse er außerdem entsprechend seinen Einkünften eine spürbare Miete bezahlen. Stahls Frau Sabine machte Ministerin Merk klar, dass der Betrieb auf Lehrlinge angewiesen sei: „Wir haben ein großes Nachwuchsproblem.“ Es gebe kaum mehr Bewerber um eine Lehrstelle. Wegen der guten Auftragslage brauche man jedoch entsprechendes Personal. Beate Merk sicherte zu, dass sie sich angesichts der guten Perspektiven Hissamis weiter für ihn einsetzen werde, so dass auch die Regelung „drei plus zwei“ zur Anwendung kommt: nach drei Jahren Lehre noch zwei Jahre Arbeitserlaubnis.

Die Firma Stahl hat sich mit insgesamt 15 Mitarbeitern vor allem auf Heizungs- und Badsanierungen spezialisiert, mit der kompletten Technik. Bei Neubauten stehen zu 80 Prozent Wärmepumpen im Vordergrund, erläuterte Jürgen Stahl. In jedem Fall müsse der Energiebedarf mit dem Hausbesitzer genau besprochen werden, um möglichst energiesparende Anlagen einzusetzen. Bei Bädern kann es im Zuge von Modernisierungen gleich auch um den altersgerechten Umbau, beispielsweise von Badewannen, gehen. Jürgen Stahl: „Das ist eines der Hauptthemen.“ kö



Beate Merk lernte von Firmenchef Jürgen Stahl, wie man Blech biegt. Foto: Volkmar Könneke

HEUTE VOR EINEM JAHR

Ulms größtes Pissoir – so titelten wir vor einem Jahr über eine Bedürfnisanstalt namens Münster. Münsterbaumeister Michael Hilbert zeigte sich im wahrsten Wortsinn angepisst, weil Wildpinkler großen Schaden an Mauern und Steinböden anrichteten. Der Sockel des Münsters ist schwarz und brüchig, an der Wand zieht sich eine schwarze Schliere herunter, ein Teil der Mauerverzierung ist abgebrochen. „Da pinkeln sie drauf, weil das wie eine Rinne ist. Es spritzt nach oben und läuft nach unten“, so Hilbert, der nur eine Lösung parat hat: ein Austausch der Steine. Das kostet laut Münsterbaumeister pro laufenden Meter bis zu 5000 Euro.



Vier Sterne für Polizeipräsident Nill

Bedeutende Auszeichnung für das Polizeipräsidium Ulm: Die Deutsche Gesellschaft für Qualität zeichnete gestern Polizeipräsident Christian Nill für exzellente Organisation aus – vier Sterne. Foto: Volkmar Könneke

Einbruchsversuch Kiosk-Fenster eingeschlagen

Wiblingen. Der Einbruch in einen Kiosk am Pranger in Wiblingen ist misslungen. Am frühen Donnerstagmorgen sahen Zeugen, dass das Fenster zum Kiosk eingeschlagen war. Zudem bemerkten sie zwei Jugendliche, die auf ihren Moutainbikes Reißaus nahmen. Eines der Fahrräder fand die Polizei in der Buchauer Straße, wo einer der Jugendlichen gestürzt war. Er ließ das Rad (Marke Sharptail) zurück, auch eine Sporttasche mit Turnschuhen und einen Pflasterstein.

Schwelbrand Versammlung findet statt

Offenhhausen. Ein Schwelbrand in einer Stromunterverteilung im Vereinsheim des SV Offenhhausen hat am Donnerstagabend die Feuerwehr beschäftigt. Das Feuer selbst war noch von den Vereinsmitarbeitern nach 22 Uhr gelöscht worden, die Feuerwehr selbst musste das Gebäude nur noch belüften. Lange war unklar, ob die für heute Abend angesetzte Jahreshauptversammlung stattfinden kann. Gestern wurde entschieden, dass es beim Termin bleibt – heute 19.30 Uhr.

So ist's richtig

Ulm. Beim Bericht über die Jahreshauptversammlung der Naturfreunde Ulm ist uns ein Fehler unterlaufen. Die Nachfolgerin des Naturschutzreferenten Roland Maier heißt nicht Monika Stegmann, sondern Monika Stegmair. Wir bitten um Entschuldigung.

Konflikttherde in Asien

Ulm. „Indien, China, Pakistan: Konflikt, Konkurrenz und Kooperation in Asien“ lautet der Titel eines Vortrags an der vM am Dienstag, 21. März, 20 Uhr. Referent ist Dr. Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin. Er gibt einen aktuellen Einblick in die politische Lage.